

# Die Sächsische Zeitung



1917 Nr. 7 für Unhalt und Thüringen. Jahrgang 210

**Zweite Ausgabe**  
Anzahl der Exemplare für die Verlagsanstalt: 100.000. Die halbe Zeitung enthält 100.000 Exemplare. Die halbe Zeitung enthält 100.000 Exemplare. Die halbe Zeitung enthält 100.000 Exemplare.

Verlagsanstalt in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62.  
Verlag: Freitag, 5. Januar 1917  
Verlagsanstalt in Berlin und Berliner Schließung:  
Berliner Straße 20. — General-Anstalt für Druck und Verlag von Otto Thiele, Halle (Saale)

## Aufleben der Kämpfe längs des Sereth

### Griechenland hält die Vierverbandsnote für unannehmbar

Paris, 4. Januar. Dem „Journal“ wird aus Athen gemeldet: Die früheren Ministerpräsidenten und Parteiführer wurden vom König empfangen. Alle waren der Ansicht, daß die Note der Entente unannehmbar sei.  
London, 4. Jan. „Manchester Guardian“ schreibt im Besonderen: Die Note Griechenlands sei das erste diplomatische Dokument, worin einer der Alliierten sich von dem anderen losmachte. Italien habe keine Sympathie für die jetzige Regierung in Griechenland, habe aber auch niemals Bewunderung für Venizelos an den Tag gelegt. Italien brauche weder ein ineffizientes noch ein ineffizientes Bündnis mit Griechenland. Es müßte nur, daß Griechenland neutral bleibe. Für Italien sei der Krieg in erster Linie eine Frage des Balkans und des südlichen Teiles des Mittelmeeres. Die italienischen Staatsmänner seien der Ansicht, daß die bisherigen Verhandlungen Italiens zu einem Vertrag mit Griechenland führen könnten. Es sei vielleicht kein Zufall, daß Italien den gegenwärtigen Augenblick wählte, um offen den Unterschied zwischen seinen eigenen Interessen und denen Griechenlands am Balkan und im südlichen Mittelmeer zu betonen. Heber die Zukunft der Türkei sei noch kein Vertrag der Alliierten bekannt gemacht worden. Die Alliierten müßten sich überlegen, was sie erwarten können. Die Alliierten müßten aber möglichst rasch ihre Pläne bezüglich der Türkei näher umschreiben. Die Alliierten müßten sich, daß die Türkei an den letzten Plänen des Alliierten ausrichte. Es sei nicht möglich, daß Italien die Türkei als Verbündeten annehmen würde, während Italien seine Ansprüche geltend machen wolle.

### Salonik, 4. Januar. Die die Alliierten melden, daß Griechenland einen Gefährtsvertrag bei der nationalen Regierung ernennt.

Berlin, 5. Jan. Das „V. L.“ schreibt: Wenn die Nachricht, daß bei den Griechen der Gehaltsentwurf erwogen werde, das Parlament einzuberufen, bestätigt wird, so hätte schließlich die Gewaltpolitik der Entente ein Ende. Das ganze Gegenteil dessen erreicht, was von Anfang an ihr Ziel gewesen ist.  
Die verhängnisvollen Morgenblätter berichten, werde die Fortsetzung des Sereth für Unternehmen als in Frage stehend bezeichnet.  
Weiter melden die Blätter, daß die Bevölkerung von Athen an dem höchsten Punkt der Exzitation wegen der von der Entente verhängten Blockade angelangt sei. Sie verlangt jetzt von der Regierung eine ultimative Note an den Vierverbund, in welcher die sofortige Einstellung der Blockade gefordert werde.

### Die Flucht der rumänischen Bevölkerung

Berlin, 5. Jan. Die Flucht der rumänischen Bevölkerung aus dem von Feinde bedrohten Gebiet nimmt ungeheuren Umfang an. Die Bevölkerung von Galatz hat die Stadt in panischer Hast verlassen. In Braila sollen die Flüchtlinge gleichfalls bereits geflohen sein.

### Deutschland und die schweizerische Neutralität

Bern, 4. Januar. Der „Bund“ bringt unter vorliegendem Titel folgende Mitteilung: Einer unserer Mitarbeiter hatte Gelegenheit, auf der deutschen Gesandtschaft Gerichte zur Sprache zu bringen, die gegenwärtig durch die französische Presse gehen, wonach man in Frankreich mit einer Verletzung der schweizerischen Neutralität durch Deutschland zu rechnen sei. Unserem Mitarbeiter wurde folgende in allgemeiner Art abgefaßte Antwort erteilt, zu deren Veröffentlichung wir ausdrücklich ermächtigt wurden:  
Die Intervention, die der Bundespräsident und Bundesrat Hoffmann der ausländischen Presse gewährt, brauchen bereits mit dankenswerter Deutlichkeit zum Ausdruck, daß die Schweiz nach wie vor volles Vertrauen in Deutschlands freundschaftliche Politik setze, wozu sie ihre letzte Neutralität bekräftigt. Nichtsdestoweniger nehmen wir gern die Gelegenheit wahr, mit allem Nachdruck gegen die Artikel zu protestieren, die in mehrwährender Uebereinstimmung planmäßig in der gesamten französischen Presse verbreitet werden. Es sei hier vermerkt, daß die Gründe einzuwenden, die die französische Presse und die französischen Journalisten, der öffentlichen Meinung Frankreichs und des neutralen Auslandes den Gebrauch einer Neutralitätsverletzung der Schweiz seitens Deutschlands zu suggerieren und die Aufwindung zu fördern, als sei die Schweiz nicht fähig oder nicht gewillt, ihre Neutralität gegen jedermann aufrechtzuerhalten. Es darf aber mit aller Klarheit nachdrücklich ausgesprochen werden, was übrigens alle Schweizer wissen, daß Deutschland fest entschlossen ist, die Neutralität der betreffenden Schweiz aufs strengste zu wahren und zu verteidigen. Nichts in der bisherigen Haltung Deutschlands rechtfertigt die französische Presse, diesem außer Achtlassen unterworfen und den Versuch zu machen, die traditionellen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Schweiz zu unterbrechen.

### Abendbericht des Großen Hauptquartiers

Berlin, 4. Jan. abends. (Mittlich.) Am Osten und Westen keine besondere Geschäftstätigkeit.  
In Rumänien sind längs des Sereth die Kämpfe aufgelöst.

### Der österreichische Generalstabsbericht

Wien, 4. Jan. Amtlich wird verlautbart:  
Ostlicher Kriegschauplatz  
Die Dobruđa ist mit Ausnahme der schmalen gegen Galatz führenden Landzunge vom Feinde gesäubert.  
In der rumänischen Front außer erfolglosem Vordringen russischer Kavallerie keine besonderen Ereignisse.  
Westlich von Dobrotzi haben wir den Rilicow überschritten, bei Szevin und an der Disoz-Straße feindliche Stellungen gestrichelt.  
Westlich von Balaclava bemerkt haben wir die Rußen eines unserer Gräben.  
Sonnit im Nordosten nichts von Belang.  
Italienischer und südöstlicher Kriegschauplatz  
Unverändert.  
Inverstellter des Chefs des Generalstabes  
v. Sijer, Feldmarschallleutnant.

### Eine Unterredung mit dem Reichskanzler

Wien, 4. Januar. Der Berliner Korrespondent der „N. Fr. Presse“ hatte Gelegenheit, den Reichskanzler der Bethmann Stellung auf einem Bahnhof in Berlin zu sprechen. Der Reichskanzler gab die Erlaubnis zur Veröffentlichung folgender Äußerung:  
Wir haben im Verein mit unseren Bundesgenossen das Interesse daran, um der Welt ein weiteres Mißverständnis zu ersparen. Wenn das neue Jahr aus dem Frieden nicht näher gebricht hat, so ist das Schuld unserer Feinde. Wie bisher in Entschlossenheit und Einigkeit unter der Parole, was nun kommen mag, kann nur dazu führen, hat wir und unsere Bundesgenossen nach wie vor an einander zu denken. Deutschland und Österreich-Ungarn haben in diesen Kriegsjahren in einem Erlebnis von ungeheurer Wichtigkeit gelegen, zu erkennen, was sie einander sind und für die Zukunft sein werden. Unser Bündnis hat sich als etwas Beständiges, an dem jeder Anstoß scheitert. Es wird es auch in neuen Jahren zeigen. Es wird ein unerschütterlicher Geist durch Österreich. Er wird zu weiteren Erfolgen und zum endlichen Sieg führen.

### Graf Czernin auf dem Wege nach Berlin

Wien, 4. Jan. (Mitteilung des Wiener Korrespondenten.) Der Minister des Äußeren Graf Czernin begibt sich heute abend in Begleitung des Legationsrates Grafen Sapos in deutsche Hauptquartier, um sich Kaiser Wilhelm in seiner neuen Eigenschaft vorzustellen. Von dort reist Graf Czernin nach Berlin, wo er dem Reichskanzler seinen Austrittsbericht abgibt.

### Nach erwartet Lloyd George

Bern, 4. Januar. „Corriere della Sera“ zufolge wird demnächst Lloyd George in Rom erwartet.  
Bern, 4. Januar. Walliser Blätter melden aus Rom: Brian, Duane, Thomas, Lloyd George, Lord Milner, General Allenby (2.) und der russische General Vorozoff treffen morgen in Rom ein.

### Das französische Marineministerium „bestreitet“ ..

Paris, 3. Januar. Das Marineministerium gibt bekannt: Ein deutscher Junfrüh vom heutigen Tage behauptet, daß nach von Mailand nach der Schwedischen Nachrichten das französische Linienfährt „Brette“ in der Nähe von Malta von einem deutschen U-Boot torpediert und schwer beschädigt worden sei und unbeschädigt im Hafen liege. Die Nachricht ist unwahr. Die „Brette“, die zu dem nach Griechenland entsandten Geschwader gehört, befindet sich gegenwärtig in einem unserer Flottenstützpunkte und es ist ihr nicht das geringste zuzuschreiben. Seit der Torpedierung des „Gaulois“ am 27. Dezember 9 Uhr morgens ist kein französisches oder alliiertes Kriegsschiff im Mittelmeer torpediert worden.  
Daß seit dem 27. Dezember kein französisches oder alliiertes Kriegsschiff torpediert worden ist, was zutreffen. Die obige Behauptung des französischen Marineministeriums kann aber nur die von einem gemeldeten Torpedierung eines französischen Linienfahrers am 12. Dezember in der Nähe von Malta betreffen, wenn dieses Schiff auch nicht die „Brette“ selbst, sondern ein anderes ihrer Klasse ist.

### Die englischen Finanzen

Von Dr. Jan Gassen (Berlin).  
Am 14. Dezember hat das Unterhaus einen neuen Kredit in Höhe von 400 Millionen Pfund (8 Milliarden Mark) unter Zugrundelegung des Münzparis bewilligt. Das ist seit Ausbruch des Krieges der 14. Kredit; seit dem 1. April 1916, dem Beginn des neuen Rechnungsjahres, wurden 35 Milliarden Mark bewilligt; seit Ausbruch des Krieges zusammen 70,6 Milliarden Mark. Als Maximum am 11. Oktober den Kredit von 6 Milliarden Mark anforderte, erklärte er, daß dieser bei Abschluß 1916 die Kosten decken würde. Dieser Betrag kam am 14. Dezember aus, daß der neue Kredit bis 22. Februar 1917 reiche. Ein neuer Kredit von 4 Milliarden müsse dann zur Deckung der Kosten bis Ende März 1917 angefordert werden. Das ergibt für das Haushaltsjahr von 1. April 1916 bis 31. März 1917 rund 39 Milliarden Mark. Neben ihm darin nicht sämtliche Kriegsausgaben enthalten, denn hinzu zu rechnen sind die Kriegsausgaben der englischen Staatsbahnlinien. Der letzte Kriegshaushalt 1913/14 war mit 3,9 Milliarden Mark in Einnahmen und Ausgaben abgeglichen. Zum wurde der erste Kriegshaushalt 1914/15 mit 4,6, der zweite 15/16 mit 6,7 Milliarden Mark abgerechnet. Der dritte ist mit 10,4 Milliarden Mark vorberathen. Das sind 6 Milliarden Mark mehr als der Friedenshaushalt 1913/14, aber immer noch einige hundert Millionen Mark weniger als der Friedenshaushalt des Deutschen Reiches und der Niederlande betrug. Im Vergleich zum Friedenshaushalt 1913/14 sollte 1916/17 Mehreinnahmen erbringen: 360 Millionen Mark, Verbrauchssteuern und Steuern 1 Milliarde Mark, Einkommensteuer 3 Milliarden Mark, Kriegsgewinnsteuer 1,7 Milliarden Mark. England wollte mit dieser Steuerpolitik energisch und rücksichtslos seine alten Traditionen in der Kriegsmarkierung aufrechterhalten. Inzwischen wird es wohl nur bei dem Bericht bleiben, denn die tatsächlichen Ergebnisse haben für die ersten neun Monate, also bis Ende Dezember, des Haushaltsjahres 1916/17 einen Aufschlag gebracht, der beweist, daß England seine finanzielle Kraft überhäufte.  
So gingen ein an 11,1 Milliarden Mark, während der Voranschlag 1,5 Milliarden Mark betrug. Noch ausfalliger ist das Zurückbleiben der Verbrauchssteuern und Steuern. Im Voranschlag sind sie mit 1,86 Milliarden Mark ausgerechnet; ihr Ertrag für die ersten 9 Monate brachte nur 1,25 Milliarden Mark, gegen 1,4 Milliarden Mark in der Vorjahresperiode. Entschieden ist aber das Versagen der Einkommensteuer. Ihr Ertrag ist auf 3,95 Milliarden Mark veranlagt; der Ertrag bis Ende Dezember hat indessen nur 1 Milliarde Mark erreicht. Nur die Kriegsgewinnsteuer, die 1,7 Milliarden Mark betragen soll, hat seine Entschlossenheit bewahrt. Bis Ende Dezember sind über 1,6 Milliarden Mark eingezahlt worden. Sie veranlagt den Anstieg bei der Einkommensteuer nicht gutzumachen, denn dieser ist rechnermäßig heute schon auf 2 Milliarden Mark zu veranschlagen.

Das Unterhaus hat der Weidmann die Zustimmung zu einer neuen Kriegsanleihe erteilt. Sie wird als wohl Anfang 1917 herauskommen, weniger zu dem Zweck, neues Geld aufzubringen, als einige Milliarden fällende Schulden in feste umzuwandeln. Insgesamt sind bis heute 71 Milliarden Mark Kredite bewilligt worden. Davon schweben in erhaltener Form zur Zeit 24 Milliarden Mark als kurzfristige Staatsanleihen (Treasury Bills) auf dem Markt. Von den 47 Milliarden Mark Staatsanleihen sind 17 Milliarden Mark als langfristige Staatsanleihen (Consols) und 30 Milliarden Mark als kurzfristige Staatsanleihen (Treasury Bills) auf dem Markt. Von den 17 Milliarden Mark langfristigen Staatsanleihen sind 10 Milliarden Mark als langfristige Staatsanleihen (Consols) und 7 Milliarden Mark als langfristige Staatsanleihen (Treasury Bills) auf dem Markt. Von den 30 Milliarden Mark kurzfristigen Staatsanleihen sind 10 Milliarden Mark als kurzfristige Staatsanleihen (Treasury Bills) und 20 Milliarden Mark als kurzfristige Staatsanleihen (Treasury Bills) auf dem Markt. Von den 10 Milliarden Mark langfristigen Staatsanleihen sind 10 Milliarden Mark als langfristige Staatsanleihen (Consols) und 0 Milliarden Mark als langfristige Staatsanleihen (Treasury Bills) auf dem Markt. Von den 20 Milliarden Mark kurzfristigen Staatsanleihen sind 10 Milliarden Mark als kurzfristige Staatsanleihen (Treasury Bills) und 10 Milliarden Mark als kurzfristige Staatsanleihen (Treasury Bills) auf dem Markt.





